

Stadt Braunschweig
 Referat Steuerungsdienst

Eing. 14. JULI 2014

Gesch.-Z.

Anlagen.....

14. Juli 2014

DIE LINKE.
 im Rat der Stadt Braunschweig

Dringlichkeitsanfrage

Öffentlich	Datum 14.07.2014	Nummer 3074/14
Absender DIE LINKE. Rathaus 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Markurth Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 15.07.2014	
Betreff / Beschlussvorschlag Unterbringung der Flüchtlinge verbessern		

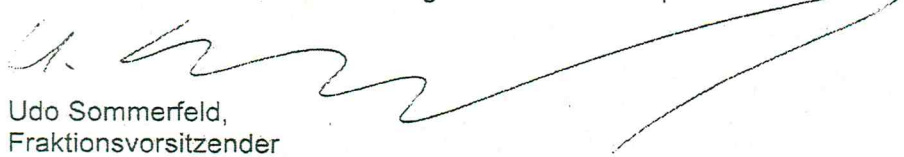
Auf Antrag der Linksfraktion hat der Rat der Stadt Braunschweig am 28.02.2012 den folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Die Stadt Braunschweig beteiligt sich an der bundesweiten Kampagne „Save-me“ und erklärt sich grundsätzlich bereit, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlementprogramms der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Bereitschaft dem niedersächsischen Innenministerium und der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen mitzuteilen und darauf hinzuwirken, dass Flüchtlinge nicht nur in den Sammelunterkünften in der Boeselagerstraße sondern auch in dezentralen Unterkünften untergebracht und in das gesellschaftliche Leben der Stadt integriert werden.
3. Die im abgeschlossenen GliBS-Projekt verfolgte Zielsetzung einer zusammenhängenden Gesundheits- und Integrationsförderung soll weiter umgesetzt werden. Dabei ist zumindest der Weiterbetrieb des interkulturellen Gartens im KGV Heideland e.V. sicherzustellen“.

Wie jetzt durch Presseberichte bekannt wurde, hat sich die Unterbringungssituation in der Boeselagerstraße nicht nur nicht verbessert, sondern erheblich verschlechtert. Zur weiteren Unterbringung wurden Zelte aufgestellt und alle Beteiligten sind sich einig, dass durch die beengten Verhältnisse ein erhebliches Konfliktpotenzial entsteht. Dies hat auch zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen vom 10. auf den 11. Juli beigetragen.

Auch vor dem Hintergrund, dass keine Aufnahmespflicht für die Stadt Braunschweig besteht, wird die Verwaltung gefragt:

1. Was wurde bislang unternommen, um den Ratsbeschluss umzusetzen?
2. Wie kann in der jetzigen Situation schnell geholfen werden?
3. Vor dem Hintergrund der angespannten Situation im Bereich der Unterbringung von wohnungslosen Personen in der Stadt Braunschweig, stellt sich die Frage, ob die Vermittlung von Unterkünften in den umliegenden Gebietskörperschaften denkbar ist?


 Udo Sommerfeld,
 Fraktionsvorsitzender